

121. aej-Mitgliederversammlung vom 18. bis 21. November 2010 in Plön

Schwerpunktthema „Bildung – Bildungspolitik“

Einführungstext von Klaus Waldmann, Bundestutor der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung

In den gesellschaftlichen und politischen Debatten erfahren die Themen Bildung und Bildungspolitik seit einigen Jahren große Aufmerksamkeit. In diesen Debatten geht es um die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems, um Aspekte der Zukunft der Gesellschaft, um Lebensperspektiven von Kindern und Jugendlichen, um die ökonomische Konkurrenzfähigkeit in einem wissensbasierten und technologisch hoch entwickelten europäischen Wirtschaftsraum sowie im globalen Kontext, aber auch um Fragen nach dem Menschenbild, nach grundlegenden Orientierungen in einer multiethnischen und multireligiösen Gesellschaft oder um die Gestaltung von Bildungslandschaften.

Die Phasen der Kindheit und der Jugend sind in unserer Gesellschaft ganz wesentlich durch Erfahrungen im System der Bildung und Ausbildung geprägt. Der lange Arm von Schule, Ausbildung und Studium reicht weit in das Leben von Kindern und Jugendlichen hinein. Schule, Ausbildung und Studium sind wichtige Stationen des Erwachsenwerdens, sie prägen entscheidend die Biografien von Kindern und Jugendlichen, sie strukturieren ihren Alltag und verteilen Lebenschancen.

Gleichzeitig haben sich die Bedingungen des Aufwachsens in der Gesellschaft insgesamt verändert. Als Beispiele sind hier zu nennen: Der Alltag von Kindern und Jugendlichen heute ist viel mehr medial bestimmt, reale Begegnungen nehmen ab. Durch die Verdichtung von Schule und Studium werden Freiräume und Zeitressourcen immer enger.

Vor diesem Hintergrund hat sich die aej als wertorientierter Jugendverband in den vergangenen Jahren immer wieder intensiv mit dem Thema Bildung und mit bildungspolitischen Fragestellungen beschäftigt, um den Perspektiven von Kindern und Jugendlichen mehr Geltung zu verschaffen und Bildungspolitik, ausgehend von einem christlichen Menschenbild, mitzugestalten. Die Grundzüge des eigenen, umfassenden und ganzheitlich ausgerichteten Bildungsverständnisses sind in einem Beschluss der 113. Mitgliederversammlung der aej aus dem Jahr 2003 „Evangelische Jugend bildet“ - Zur Bedeutung von Bildung in der Evangelischen Jugend‘ festgehalten worden. Das in diesem Papier dargestellte und begründete Verständnis von Bildung, das auch Überlegungen der Denkschrift der EKD „Maße des Menschlichen. Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft“ aufnimmt, ist auch Grundlage für diesen Beitrag der aej zur gegenwärtigen bildungspolitischen Debatte.

Bildungsrepublik Deutschland?

Beim Bildungsgipfel der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer wurde im Herbst 2008 in Dresden die Bildungsrepublik Deutschland ausgerufen. In bedeutungsschwangerer Sprache wurde einmal mehr festgestellt, dass Bildung der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes ist und auch in Zukunft höchste Priorität haben muss. Auch in der Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und FDP aus dem Jahr 2009 sind wohlklingende

Worte zur gesellschaftlichen Bedeutung von Bildung zu lesen: Bildung wird als Grundlage des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, als Voraussetzung für umfassende Teilhabe des Einzelnen und als Bürgerrecht charakterisiert. Ebenfalls im Kontext der sogenannten Lissabon-Strategie der EU hat Bildung einen herausgehobenen Stellenwert. Bildung, Ausbildung und Weiterbildung werden von der EU als zentral für Wirtschaftswachstum, soziale Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt betrachtet.

Dass diese programmatischen Erklärungen der Realität in der Bildungslandschaft nur zum Teil gerecht werden, zeigen z. B. die ‚nationalen Bildungsberichte‘, Vergleiche auf europäischer Ebene, Erkenntnisse der Jugendforschung und die Erfahrungen von Kindern, Jugendlichen und Eltern. Demnach gleicht die Bildungsrepublik Deutschland mit ihren 16 verschiedenen Bildungssystemen eher einem Flickenteppich, als einer konzeptionell durchdachten, den Anforderungen einer wissenbasierten Gesellschaft gerecht werdenden und Zukunftschancen eröffnenden Bildungslandschaft.

Bildungspolitische Großversuche im Föderalismus

Veränderungen im Bildungssystem der verschiedenen Bundesländer unterliegen gegenwärtig vor allem dem Zeitgeist der Beschleunigung. Vorrangiges Interesse ist, dass die jungen Menschen frühzeitiger als bislang dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die Verkürzung der Schulzeit (G8), die strukturelle Reform der Studiengänge (Bologna) und auch die Investitionen in die frühe Bildung dienen vor allem dem Ziel, dass Kinder und Jugendliche das Bildungssystem schneller durchlaufen und dass das Lernen effizienter gestaltet wird. Ein auf Persönlichkeitsbildung ausgerichtetes, umfassendes (ganzheitliches) Bildungskonzept wird immer mehr durch verwertungsorientierte ausbildungs- und berufsbezogene Vorstellungen abgelöst. Das Erwerben von Kompetenzen, die insbesondere die Beschäftigungsfähigkeit (employability) der nachwachsenden Generation gewährleisten sollen, wird immer deutlicher zur grundlegenden Orientierung der Gestaltung von Bildung.

Zudem ist die Landschaft der Bildung in Deutschland wesentlich durch eine mittelalterliche Kleinstaaterei geprägt. Kinder und Jugendliche bewegen sich im Labyrinth von 16 verschiedenen Schulsystemen. Jedes Bundesland startet oder vollzieht bereits, in Abhängigkeit von der politischen Couleur der Landesregierung, seine eigenen bildungspolitischen Großversuche. An den Grenzen der Bundesländer ist ein Bildungstourismus entstanden. Die föderale Struktur des Bildungssystems führt auch dazu, dass sich die Bundesländer gegenseitig junge Lehrkräfte abwerben und Lehrkräfte aus finanzschwachen Ländern abwandern.

Die vom Bologna-Prozess ausgehende Reform der Studiengänge hat nicht, wie eigentlich geplant, zu einer Verbesserung der Mobilitätschancen von Studierenden geführt. Die Modularisierung der Studiengänge mündete in ein Höchstmaß an Differenzierung und Spezialisierung von Studiengängen, so dass ein Wechsel von Studierenden zwischen verschiedenen Hochschulen aufgrund dieser Situation erheblich erschwert ist.

Auf bildungspolitischer Ebene sind wir Zeugen des Scheiterns des Wettbewerbsföderalismus zu Lasten von Kindern, Jugendlichen und Eltern und vor allem zu Lasten der Zukunftschancen der jungen Generation. Diese Erfahrungen führen dazu, dass nach aktuellen Umfragen

mehr als zwei Drittel der Bürger heute der Ansicht sind, dass der Bund für die Bildung zuständig sein müsste.

Ausbau der Ganztagschule – Ausweitung von Schul- und Lernzeiten

Eine der sichtbarsten strukturellen Veränderungen im Bildungssystem ist aktuell der Ausbau der Ganztagschule. Fast jede zweite Schule des Primar- und Sekundarbereichs I (42 %) arbeitet im Ganztagsbetrieb, bevorzugt in offener Form¹. Nach der 16. Shell Jugendstudie nehmen 24 % der Jugendlichen Nachhilfeunterricht in Anspruch². Dies bedeutet u. a., dass der Ausbau der Ganztagschule auch durch die Hintertür forciert wird. Diese Entwicklungen führen in Verbindung mit dem Ausbau von G8 zu einer Ausweitung der Schul- und Lernzeiten im Alltagsleben von Kindern und Jugendlichen. Sowohl Signale aus der evangelischen Jugendarbeit als auch erste Erkenntnisse der Forschung zeigen erste Auswirkungen dieses Trends. So ist z. B. die Quote der freiwillig Engagierten im Alter zwischen 14 und 19 Jahren mit ca. 36 % im Jahr 2009 über die vergangenen Jahre relativ konstant. Doch ist auffällig, dass Schülerinnen und Schüler in achtjährigen Gymnasien seltener eine freiwillige Tätigkeit ausüben als G9-Schüler und dass Ganztagschüler im Vergleich zu Halbtagschülern weniger in diesem Bereich aktiv sind.³

Trend zum Gymnasium

Die aktuellen Bildungsberichterstattung bestätigt, dass der Trend zum Gymnasium anhält. Zwischen 2004 und 2008 steigt die Abschlussquote auf der Ebene der allgemeinen Hochschulreife von 28% auf 32% an, während in diesem Zeitraum die Quoten der mittleren Abschlüsse (51 %), auf der Ebene der Hauptschule (29 %) und der Fachhochschulreife (14 %) bezogen auf die Bevölkerung im jeweiligen Abschlussalter konstant bleiben⁴. So wechselten im Schuljahr 2008/2009 beim Übergang vom Primar- zum Sekundarbereich knapp 60 % der Schülerinnen und Schüler in gymnasiale Bildungsgänge.⁵

Bildungschancen werden sozial vererbt

Verschiedene Studien haben gezeigt, dass im Vergleich zu anderen OECD-Staaten der Schulerfolg von Kindern und Jugendlichen in Deutschland am stärksten vom sozialen Status der Eltern abhängt. Im Jahr 2008 lebten gut 29 % der 13,9 Millionen Kinder unter 18 Jahren in mindestens einer Risikolage (sozial, kulturell, finanziell). In Familien mit Migrationshintergrund sind es 42 % (1,7 Millionen Kinder) und 3,5 % der Kinder insgesamt sind von allen drei Risikolagen gleichzeitig betroffen. Unter den EU-Staaten hat Deutschland den höchsten Anteil an Schülerinnen und Schülern, die in Förderschulen unterrichtet werden. Im Schuljahr 2008/2009 waren dies 4,9 % der Schülerinnen und Schüler. Kinder mit Migrationshintergrund

¹ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2010): Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld, S. 7

² Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2010): Jugend 2010. Frankfurt/Main; S. 80

³ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2010): Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld, S. 7

⁴ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2010): Bildung in Deutschland, Bielefeld, S.89

⁵ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2010): Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld, siehe Tabelle S. 246

sind selbst bei gleichem sozioökonomischen Status der Eltern bis zu doppelt so häufig an Hauptschulen zu finden wie Kinder ohne Migrationshintergrund. Im Jahr 2007 hatte rund ein Viertel der Bildungsteilnehmenden einen Migrationshintergrund, jedoch nur 7 % der Lehrkräfte. Ca. 7,5 der Jugendlichen verlassen die allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss.⁶

Diese wenigen Hinweise zeigen, dass Kinder und Jugendliche in unserer Gesellschaft über sehr unterschiedliche Startchancen verfügen. Ein niedriger sozialer Status der Eltern führt mit hoher Wahrscheinlichkeit dazu, dass Kinder und Jugendliche aus diesen Familien zu den Bildungsverlierern gehören werden. Diese soziale Tatsache ist eine der größten Herausforderungen für bildungspolitisches Handeln mit dem Ziel der Bildungsgerechtigkeit. Die zunehmende Kluft in den Bildungsverläufen von Kindern und Jugendlichen zwischen denen, die bestehende Bildungsangebote erfolgreich nutzen und jenen, bei denen sich Benachteiligungen nach sozialer Herkunft, Migrationshintergrund und Geschlecht kumulieren, stellt das Bildungssystem mit seiner Inklusions- und Integrationsfunktion vor gravierende Probleme. Der Anforderung, den nachwachsenden Generationen umfassende Kompetenzen für das Leben in einer wissensbasierten, durch technologischen Fortschritt und Dienstleistungsorientierung gekennzeichneten Gesellschaft zu vermitteln, wird das gegenwärtige Bildungssystem nur begrenzt gerecht.

Der schulische Druck steigt

Das Bildungssystem in Deutschland ist durch ein hohes Niveau an Differenzierung und daraus folgend durch mehrere Stufen von Übergängen geprägt. Einerseits scheint dadurch eine differenzierte Förderung von Kindern und Jugendlichen möglich, andererseits bringt gerade dieses System für die Bildungsbiographie von Kindern und Jugendlichen zentrale Weichenstellungen mit sich, die für deren Lebens- und Berufschancen entscheidend sind. Zudem ist festzustellen, dass gegenwärtig die Bedeutung formaler Qualifikationen für die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen wächst. Allgemeine Bildungsstandards werden formuliert, die den Ansprüchen von Messbarkeit und Vergleichbarkeit gerecht werden. Eine falsche Entscheidung an einer Station des Übergangs kann dazu führen, dass persönliche Lebensperspektiven nur begrenzt oder kaum realisierbar sind. Das Bildungssystem konfrontiert die nachwachsende Generation mit der Anforderung, sich auf einen grundsätzlich nicht begrenzbaren Prozess der Anhäufung potentiell nützlichen Wissens und die Herausbildung bestimmter generalisierbarer Verhaltensdispositionen einzulassen, um möglichst viele Optionen für die Realisierung persönlicher Zukunftschancen offen zu halten. Bildung wird politisch als Investition in das Humankapital betrachtet. Damit wird Bildung einerseits verzweckt und andererseits werden die Einzelnen zu selbstverantwortlichen Akteuren (Kapitaleignern) im Bildungsprozess, die die Folgen eines eventuellen Scheiterns persönlich zu tragen haben.

Die Auswirkungen der Zunahme des schulischen Drucks zeigen sich darin, dass z. B. 10 % der Jugendlichen sich nicht sicher sind, den angestrebten Schulabschluss zu erreichen.⁷ Oder dass jeder vierte Jugendliche erfahren hat, dass seine Versetzung gefährdet war und 19 % eine

⁶ Daten nach: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2010): Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld

⁷ Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2010): Jugend 2010. Frankfurt/Main; S. 76

Klasse wiederholen mussten, davon gehörten 46 % der Unterschicht und 24 % der Oberschicht an.⁸ Eine deutliche Sprache spricht auch die wachsende Bedeutung des Nachhilfeunterrichts. Die steigenden psychosozialen Kosten dieser Entwicklung werden offensichtlich in Kauf genommen.

Berufsausbildung und Übergangssystem

Im Jahr 2008 sind ca. 1,17 Mio Jugendliche aus dem allgemeinbildenden in das berufsbildende bzw. das Übergangssystem gewechselt. Davon haben 47,9 % eine betriebliche Berufsausbildung aufgenommen und 18,1 % eine schulische und 34,1 % der Schulabgänger sind im Labyrinth des Übergangssystems angekommen.⁹ Die demographische Entwicklung hat zwar dazu geführt, dass sich das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in den vergangenen Jahren zur Seite der Nachfragenden verbessert hat. In einigen Berufsfeldern wird in der Zwischenzeit händeringend nach Auszubildenden gesucht. Dennoch finden auch unter Berücksichtigung der Altnachfrage immer noch nicht alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz. Jedoch erst dann, wenn berücksichtigt wird, dass mehr als ein Drittel der Schulabgänger in den kaum zu überblickenden Angeboten des Übergangssystems landen, wird die immer noch dramatische Situation in ihrem ganzen Ausmaß sichtbar. Für nahezu 400.000 Jugendliche beginnt die Zeit nach der Schule mit Formen schulischer Nachqualifikation, in Warteschleifen oder in perspektivloser Beschulung.

Die modularisierte Hochschule

Die Hochschullandschaft ist, initiiert durch den sogenannten Bolognaprozess in den vergangenen Jahren, in besonders gravierender Weise umgekrempelt worden. Die Intention war, einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu schaffen, die Mobilität von Studierenden zu erhöhen und die europäischen Hochschulen im globalen Wettbewerb attraktiver zu machen. Die Studienstrukturreform zielte auf die Vergleichbarkeit der Studiendauer und auf eine Nachprüfbarkeit von Studienleistungen. Die Reform mündete in explosionsartig zunehmenden, spezialisierten Studiengängen, in einer weiteren selektierenden Weichenstellung im Bildungssystem (Bachelor/Master) sowie in verschulerten und überfrachteten Studiengängen. Die erhoffte Mobilität ist aufgrund der spezialisierten Studiengänge kaum eingetroffen und weitgehend ungeklärt ist die Akzeptanz der neuen Abschlüsse im Beschäftigungssystem.

Zwar ist die Studienanfängerquote in den vergangenen Jahren vergleichsweise stabil gewesen und hat im Jahr 2009 mit 43 % die Zielmarke bundesdeutscher Bildungspolitik von 40 % überschritten, sie liegt jedoch erheblich unter dem Durchschnitt der OECD-Länder, der bei knapp 60 % liegt.¹⁰ Etwa drei Viertel aller Studienberechtigten eines Jahrgangs haben 2009 ein Studium aufgenommen. Stark unterrepräsentiert sind dabei Jugendliche mit Migrationshintergrund und Jugendliche aus unteren sozialen Schichten.

Die Schule allein kann die Bildungsaufgaben einer modernen Gesellschaft nicht bewältigen

⁸ ebd., S. 78

⁹ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2010): Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld, siehe S. 96

¹⁰ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2010): Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld, siehe S. 122

Offensichtlich ist, dass das Bildungssystem weiterer Veränderungen bedarf, um allen Kindern und Jugendlichen ein Höchstmaß an Förderung und damit an Chancengleichheit zu gewährleisten. Weiterhin ist offensichtlich, dass auf der Grundlage eines umfassenden und ganzheitlichen Bildungsbegriffs die Schule allein nicht in der Lage ist, die Herausforderungen der Bildung in einer multiethnischen, wissensbasierten, technologisch hoch entwickelten, demokratischen Gesellschaft zu bewältigen. Eine Veränderung schulischer Bildung hin zur Kompetenzorientierung hat nicht oder noch nicht dazu geführt, die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen insgesamt in den Blick zu nehmen und Bildungserfahrungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen systematisch zu integrieren. Erst ein Konzept von Bildung, das die Leistungen des formalen **und** des non-formalen Bereichs würdigt und systematisch integriert und die Relevanz des informellen Bereichs nicht weiter konsequent unterschätzt, kann diesem Anspruch gerecht werden. Eine zukunftsfähige, demokratische und plurale Gesellschaft benötigt nicht nur qualifizierte Arbeitskräfte bzw. unternehmerisch denkende und handelnde Menschen, sondern vor allem auch mündige, urteilsfähige und politisch aktive und handlungsfähige Mitglieder der Gesellschaft.